

## **Das deutsche Gesundheitssystem zukunftsfest machen**

### **10 Punkte für eine generationengerechte Gesundheitspolitik**

Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union  
am 17. und 18. März 2018 in Berlin

1 Das deutsche Gesundheitssystem ist eines der leistungsfähigsten Gesundheitssysteme der Welt,  
2 das im internationalen Vergleich über einen der umfangreichsten Leistungskataloge und eines der  
3 quantitativ sowie qualitativ höchsten Versorgungsniveaus verfügt. Mit prägenden Strukturmerkma-  
4 len wie der Selbstverwaltung und dem Korporatismus, die teilweise noch auf das Kaiserreich zurück-  
5 gehen, ist es historisch gewachsen, hat aber immer auch gezeigt, dass es reformfähig ist und neue  
6 Entwicklungen aufnimmt. Die Bedeutung des Gesundheitswesens und die Anforderungen an unser  
7 Gesundheitssystem werden weiter zunehmen. Faktoren wie eine steigende Lebenserwartung und  
8 die Alterung der Gesellschaft, verbunden mit dem Anstieg an Multimorbidität, werden zu einem  
9 wachsenden Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen führen.

10  
11 Die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der persönlichen Gesundheit zählt für alle Menschen  
12 zu einem der wichtigsten Bedürfnisse. Eine der großen Stärken des deutschen Gesundheitssystems  
13 war und ist es, allen Bürgern Zugang zu Hochleistungsmedizin zu gewähren und sie am medizini-  
14 schen Fortschritt teilhaben zu lassen. Dies ist ein großer Erfolg, der erhalten werden muss.

15  
16 Gleichzeitig ist es insbesondere aus der Sicht der jüngeren Generation wichtig, dass in der Diskus-  
17 sion um das Gesundheitssystem nicht nur die Interessen der kranken und damit der tendenziell äl-  
18 teren Menschen im Fokus der Aufmerksamkeit stehen. Aus Sicht der Jungen Union ist es genauso  
19 wichtig, die Bezahlbarkeit des Systems nicht aus den Augen zu verlieren. Alle Menschen am medizi-  
20 nischen Fortschritt teilhaben zu lassen, ist in einer alternden Gesellschaft eine große Herausforde-  
21 rung, die nicht alleine durch weiter ansteigende Beiträge und höhere Lohnnebenkosten erkauf-  
22 ten darf. Die Junge Union steht für eine Gesundheitspolitik, für die Effizienz, Wettbewerb, Wahlfrei-  
23 heit, Ausgabenkontrolle und sektorenübergreifende Zusammenarbeit eine herausgehobene Bedeu-  
24 tung hat.

25  
26 Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, dass das Gesundheitswesen ein bedeutender Beschäf-  
27 tigungssektor ist, in dem bundesweit rund 5,2 Millionen Personen (rund 12,3 Prozent aller Erwerb-  
28 stätigen) tätig sind. Kliniken, Ärzte, Apotheken, aber auch Pharmaunternehmen sowie Unternehmen

29 der Medizintechnik, sichern hochwertige Arbeitsplätze und erbringen im internationalen Vergleich  
30 Spitzenleistungen. Um die Qualität zu erhalten und Herausforderungen anzugehen, fordert die  
31 Junge Union die Umsetzung der folgenden 10 Punkte für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem:  
32

33 1. Für die Junge Union ist der Dualismus aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung ein  
34 grundlegendes Element des Krankenversicherungssystems, das sich bewährt hat und beibe-  
35 halten werden soll. Die Einführung einer Einheitskasse lehnen wir entschieden ab. Schritte  
36 in Richtung einer Aushöhlung des Dualismus darf es mit der Union nicht geben. Bestehende  
37 Probleme im derzeit existierenden System wie lange Wartezeiten auf Facharzttermine las-  
38 sen sich durch die Einheitskasse nicht lösen. Im Gegenteil: Der Wettbewerb der Krankenver-  
39 sicherungen ist eine Voraussetzung für das hohe Niveau der deutschen Gesundheitsversor-  
40 gung. Leistungskürzungen im System der gesetzlichen Krankenversicherung werden  
41 dadurch erschwert und die Überführung des medizinischen Fortschritts in die Regelversor-  
42 gung wird durch das Nebeneinander der beiden Versicherungssysteme beschleunigt. Der  
43 Wettbewerb sorgt damit für Verbesserungen der Gesundheitsversorgung für alle Versicher-  
44 ten. Gleichzeitig ist in der aktuellen Legislaturperiode des Deutschen Bundestags darauf hin-  
45 zuarbeiten, dass eine ungerechtfertigte Benachteiligung von gesetzlich Krankenversicher-  
46 ten bei der Vergabe von Terminen und beim Zugang zu ärztlicher Versorgung insbesondere  
47 bei Vertragsärzten eingedämmt wird. Diese Praxis schwächt das Vertrauen der Menschen in  
48 die Gerechtigkeit des Systems. Gleichzeitig plädiert die Junge Union für die Schaffung von  
49 mehr Möglichkeiten zum Wettbewerb der Krankenkassen innerhalb des Systems der gesetz-  
50 lichen Krankenversicherung. Des Weiteren bedarf es einer angemessenen Vergütung von  
51 Vertragsärzten, vor allem der Allgemeinmediziner und Kinderärzte.

52

53 2. In der gesetzlichen Krankenversicherung besteht die Tendenz zu einer starken Ausgabendy-  
54 namik. Neben der Alterung der Gesellschaft und dem medizinisch-technischen Fortschritt  
55 ist der Effizienzdruck angesichts geringer Kostendisziplinierung durch die einzelnen Versi-  
56 cherten nicht stark ausgeprägt. Die Junge Union fordert ein konsequentes, auch auf gesetz-  
57 geberischen Maßnahmen basierendes Eingreifen, um den Kostenanstieg in Grenzen zu hal-  
58 ten. Auch unter dem Aspekt des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit ist dies in einem parität-  
59 tisch finanzierten System von zentraler Bedeutung. Die Junge Union plädiert auch dafür,  
60 eine Begrenzung von Leistungen verstärkt in Betracht zu ziehen, anstatt weiter steigende  
61 Beiträge in Kauf zu nehmen. Gleichzeitig dürfen gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie bei-  
62 spielsweise die Versorgung von SGB-II-Leistungsbeziehern oder die Schaffung von 8000  
63 neuen Fachkraftstellen in Pflegeeinrichtungen nicht aus den Mitteln der gesetzlichen Kran-  
64 kenversicherung, sondern müssen aus Steuermitteln finanziert werden.

65

66 3. Erhebliches Potential für effiziente Strukturen liegt in der Digitalisierung des Gesundheits-  
67 wesens. Die Junge Union begrüßt die Anstrengungen der vergangenen Jahre, die vernetzte  
68 digitale Kommunikation auch durch Sanktionen zu erzwingen, die zuvor vor allem von Ver-  
69 tretern der Selbstverwaltung blockiert wurde. Die Junge Union fordert die schnellstmögliche  
70 Einführung einer voll funktionsfähigen elektronischen Gesundheitskarte und der zugrunde-  
71 liegenden Telematikinfrastruktur. Anwendungen wie das elektronische Patientenfach, die  
72 elektronische Patientenakte oder der elektronische Medikationsplan können nur erste  
73 Schritte auf dem Weg zu einer stärkeren Digitalisierung sein. Dadurch kann den Patienten  
74 mehr Souveränität gegeben, kann die Versorgung über die Sektorengrenzen hinweg verbes-  
75 sert und können Kostensenkungen – wie zum Beispiel durch die Vermeidung von wiederhol-  
76 ten diagnostischen Leistungen – erreicht werden.

77

78 4. Die Krankenhäuser in Deutschland sind leistungsfähig und bieten eine im internationalen  
79 Vergleich hohe Versorgungsqualität. Jedoch besteht bei knapp 2000 Kliniken bundesweit die  
80 Möglichkeit zur Effizienzsteigerung. Die Junge Union unterstützt den – unter anderem im  
81 Krankenhausstrukturgesetz eingeschlagenen – Weg, kostspielige Überkapazitäten abzu-  
82 bauen, ohne dabei die Versorgung in der Fläche gerade für Notfälle zu beeinträchtigen. Die  
83 Junge Union fordert die für die Bedarfsplanung zuständigen Bundesländer dazu auf, ihre Pla-  
84 nungshoheit für eine entschlosseneren Steuerung zu nutzen. Es ist auf eine verstärkte Bildung  
85 von Schwerpunkten in den Häusern hinzuwirken, um Leistungen zu konzentrieren und die  
86 Qualität zu steigern. Die Vergütung muss noch stärker an die Qualität der Leistungserbrin-  
87 gung gekoppelt werden. Gleichzeitig müssen die Länder dringend die zugesagte Anhebung  
88 der Investitionsmittel für die Krankenhäuser in den Landeshaushalten verankern, um eine  
89 Leistungsausweitung der Kliniken zur Schließung von Kostendeckungslücken einzudämmen.

90

91 Mit Sorge betrachtet die Junge Union die Tatsache, dass in deutschen Kliniken nach wie vor  
92 eine hohe Infektionsgefahr besteht. Die Junge Union fordert eine Verschärfung der Rege-  
93 lungen, eine Ausweitung des bereits existierenden Hygieneförderprogramms, eine Stärkung  
94 der Infektiologie und verpflichtende Screenings vor bzw. bei der Aufnahme von Patienten.  
95 Die Junge Union begrüßt die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vereinbarte Schaf-  
96 fung von Personaluntergrenzen in allen bettenführenden Abteilungen.

97

98 5. Eines der größten Probleme für die Zukunft der Versorgung sieht die Junge Union im Mangel  
99 an Hausärzten, insbesondere auf dem Land. Die Junge Union begrüßt die ergriffenen Maß-  
100 nahmen wie die geplante Modifizierung der Zugangskriterien zum Hochschulstudium für  
101 Mediziner sowie die Stärkung der Allgemeinmedizin im Rahmen des Masterplans „Medizin-

102 studium 2020“. Die Junge Union fordert die Bundesländer dazu auf, die vorgesehene Mög-  
103 lichkeit aktiv zu nutzen, bis zu 10 Prozent der Medizinstudienplätze vorab an Bewerber zu  
104 vergeben, die sich verpflichten, nach Abschluss des Studiums und der fachärztlichen Weiter-  
105 bildung in der Allgemeinmedizin für bis zu zehn Jahre in der hausärztlichen Versorgung in  
106 unterversorgten oder durch Unterversorgung bedrohten ländlichen Regionen tätig zu sein.  
107 Darüber hinaus fordert die Junge Union eine Erhöhung der Studienplatzzahlen im Bereich  
108 der Medizin, um die benötigte Zahl an Mediziner\*innen auszubilden. Gleichzeitig sind die Kom-  
109 munen dringend aufgefordert, durch eine Förderung und Unterstützung von Arzt- bzw. Ge-  
110 sundheitszentren auf die veränderten Strukturen innerhalb der Ärzteschaft einzugehen und  
111 dadurch die Aufnahme einer Tätigkeit als Hausarzt attraktiver zu machen als bislang. Die  
112 derzeitigen Regelungen zur Budgetierung und Deckelung sind dahingehend zu überprüfen,  
113 ob durch eine Lockerung zusätzliche Anreize für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen  
114 Raum geschaffen werden können. Eine Niederlassung in ländlichen, unterversorgten Regio-  
115 nen kann durch eine Lockerung der Budgetierungsregelungen für diese Ärzte gefördert wer-  
116 den. Die Junge Union begrüßt die im Koalitionsvertrag vereinbarte Aufhebung von Zulas-  
117 sungssperren für die Neuniederlassung von Ärzten in ländlichen oder strukturschwachen  
118 Gebieten.

119  
120 6. Mit Sorge betrachtet die Junge Union das Absinken von Impfquoten und eine steigende Be-  
121 reitschaft von Eltern, ihren Kindern wichtige Impfungen vorzuenthalten. Die Missachtung  
122 der bestehenden Impfpflicht hat dazu geführt, dass das Ziel der Weltgesundheitsorga-  
123 nisation, die Masern im Jahr 2015 auszurotten, gescheitert ist. Dieses nicht selten von Eso-  
124 terik und Unwissen geprägte Fehlverhalten verhindert die Ausrottung von schweren Infek-  
125 tionskrankheiten und gefährdet die Gesundheit von Kindern unnötig. Impfen ist in den Au-  
126 gen der Jungen Union eine Bürgerpflicht, mit der man nicht nur Verantwortung für sein Kind,  
127 sondern für die gesamte Gesellschaft übernimmt. Die Junge Union fordert daher die Einfüh-  
128 rung einer Grundimpfpflicht für Kleinkinder, die sich an den Empfehlungen der Ständigen  
129 Impfkommision (STIKO) orientiert. Die Übernahme der Kosten für Impfungen seitens der  
130 Krankenkassen sind auszuweiten.

131  
132 7. Leider ist es in den zurückliegenden Jahren – trotz Einführung der Entscheidungslösung und  
133 der begleitenden Reformen – nicht gelungen, die Zahl der durchgeführten Organtransplan-  
134 tationen zu steigern. Nach wie vor sterben in Deutschland täglich Menschen, weil sie kein  
135 passendes Spenderorgan erhalten. Hinzu kommt eine hohe Anzahl an Personen, die auch  
136 aufgrund bestehenden Organmangels über viele Jahre hinweg auf die Dialyse angewiesen  
137 sind, was mit beträchtlichen Einschränkungen der Lebensqualität und der Gesundheit ver-

138 bunden ist und das Gesundheitssystem finanziell stark belastet. Da die Zahlen der zur Ver-  
139 fügung stehenden Spenderorgane erneut auf einen Tiefstand gefallen sind, obwohl Befra-  
140 gungen regelmäßig eine hohe Zustimmung zur Organspende ergeben, fordert die Junge  
141 Union die Bundesregierung dringend zum Handeln auf. Neben der schnellen Umsetzung der  
142 im Koalitionsvertrag vereinbarten Stärkung und Freistellung der Transplantationsbeauftrag-  
143 ten in den Kliniken und einer besseren Vergütung der Transplantationen, bedarf es einer  
144 verbindlicheren Identifikation potentieller Organspender und der Speicherung der Informa-  
145 tionen zur Organspende-Bereitschaft auf der elektronischen Gesundheitskarte. Zudem müs-  
146 sen die immer wieder auftretenden Unklarheiten durch ungenau bzw. widersprüchlich ab-  
147 gefasste Patientenverfügungen in den Blick genommen werden. Die Junge Union fordert die  
148 Einführung der sogenannten Widerspruchslösung nach österreichischem Vorbild.

149

150 8. Die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung durch die Unions-geführte Bundesregierung  
151 war beachtlich und wird von der Jungen Union begrüßt. Unter dem Aspekt der Alterung der  
152 Gesellschaft und bestehender Defizite in der Pflegeversicherung war die Dynamisierung und  
153 Weiterentwicklung der Leistungen richtig und auch angemessen im Hinblick auf die Lebens-  
154 leistung, die die ältere Generation erbracht hat. Einer zu starken Ausweitung von Leistungen  
155 steht die Junge Union skeptisch gegenüber. Das Prinzip der „Teilkasko-Leistung“ sollte wei-  
156 terhin maßgeblich bleiben. Neben der Frage der aktuellen Generation der zu Pflegenden  
157 sollte verstärkt das Niveau der Pflege in der Zukunft in den Blick genommen werden. Eine  
158 Allgemeinverbindlichkeit von Tarifabschlüssen in der Pflege lehnen wir ab. Die Junge Union  
159 fordert, durch vorausschauende Maßnahmen ein solides Leistungsniveau der Pflegeversi-  
160 cherung auch für künftige Generationen sicherzustellen. Insbesondere der von Jens Spahn  
161 etablierte Vorsorgefonds sollte weiter verstärkt werden, um absehbaren Leistungseinbußen  
162 oder massiven Beitragssteigerungen bereits heute entgegenzuwirken. Wir wollen die pri-  
163 vate Zusatzvorsorge auf ein grundsätzlich neues Fundament stellen.

164

165 Zudem fordert die Junge Union ein beherztes Angehen der Reform des sog. „Pflege-TÜVs“,  
166 um zukünftig verlässliche, aussagekräftige und vergleichbare Kriterien zur Bewertung von  
167 Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten zu erhalten. Die Junge Union begrüßt  
168 die Abschaffung des Schulgelds für die Pflegeberufe sowie die im Koalitionsvertrag verein-  
169 barte Abschaffung des Schulgelds für die Gesundheitsfachberufe. Darüber hinaus setzen wir  
170 uns für eine Attraktivitätssteigerung der Ausbildung durch ein höheres Angebot für den Er-  
171werb von Zusatzqualifikationen ein.

172

173 9. Bakterielle Krankheitserreger, die gegenüber Antibiotika weniger empfindlich oder bereits  
174 völlig resistent geworden sind, nehmen weltweit zu und werden zu einer Herausforderung

175 für die Versorgung von Patienten in der Zukunft. Es besteht die Gefahr, dass bisher leicht  
176 behandelbare Infektionen nur noch schwer oder überhaupt nicht mehr therapiert werden  
177 können. Die in der Antibiotika-Resistenzstrategie „DART 2020“ und im Globalen Aktionsplan  
178 der WHO festgelegten Ziele müssen konsequent verfolgt und die Forschung für neue Anti-  
179 biotika massiv verstärkt werden. Gleichzeitig ist es bedeutsam, den Einsatz von Antibiotika  
180 in der Landwirtschaft weiter zu reduzieren.

181  
182 Darüber hinaus ist es von großer Bedeutung, die nationalen Gesundheitsziele im Bereich  
183 Diabetes, Brustkrebs und Depression noch stärker als bislang anzupacken. Das gesunde Auf-  
184 wachsen ist durch die gezielte Förderung von Bewegung und Ernährung zu stärken, ohne  
185 dabei zu bevormunden oder zu belehren.

186  
187 10. Forschung hat nicht nur die Erweiterung des Wissens über Krankheitsmechanismen und de-  
188 ren Beeinflussung zum Ziel, sondern auch die Qualitätssicherung der medizinischen Versor-  
189 gung und die Erweiterung der therapeutischen Möglichkeiten. Bis heute fehlt für viele Er-  
190 krankungen das nötige Grundlagenwissen, um ihnen gezielt und effektiv entgegenzutreten zu  
191 können. Um der Bedrohung durch Zivilisations- und Infektionskrankheiten Herr zu werden,  
192 ist eine auf hohem Niveau funktionierende universitäre Medizin unverzichtbar. Daher for-  
193 dert die Junge Union eine angemessene universitäre Forschungsinfrastruktur. Zudem for-  
194 dert die Jungen Union eine Ausweitung der Finanzierung der Pflegeforschung und der pfl-  
195 egebezogenen Versorgungsforschung, um auch hierdurch die Pflege zu stärken.